

## **Gemeinsame Erklärung zum naturverträglichen Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen**

*Landesverband NRW des Bundesverbandes WindEnergie (BWE NRW)*

*Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland NRW (BUND)*

*Naturschutzbund NRW (NABU)*

*Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW (SDW)*

Düsseldorf, 26. Juni 2015

Die Nutzung von Atomenergie und fossilen Energieträgern ist volkswirtschaftlich und im Hinblick auf die mit diesen Technologien verbundenen Risiken für Umwelt und Gesundheit nicht verantwortbar. Auch im Sinne des Klimaschutzes und der CO<sub>2</sub>-Reduktion ist ein energiepolitischer Paradigmenwechsel erforderlich. Notwendig ist eine zügige Umstellung hin zu einer auf Erneuerbaren Energieträgern basierenden Energieversorgung.

Nordrhein-Westfalen als das Bundesland mit dem größten Energiebedarf kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Nur wenn es in unserem Bundesland gelingt, die im Klimaschutzgesetz festgelegten Klimaschutzziele zu verwirklichen, ist dies auch auf Bundesebene zu schaffen. NRW als hochindustrialisiertes Land hat zudem Vorbildwirkung für andere Regionen in Europa und darüber hinaus. Dabei müssen die Belange des Naturschutzes, des Artenschutzes sowie der Biodiversität integrale Bestandteile der weiteren Entwicklung der Energiewende sein. Gleichzeitig ist ein effektiver Klimaschutz ein wesentlicher Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt. Somit sind diese beiden Belange untrennbar miteinander verbunden.

Der Nutzung der Windenergie kommt beim Umbau der Energieversorgung eine tragende Rolle zu. Ihr Ausbau wird mit darüber entscheiden, ob es gelingt, den bisherigen Bestand an Atom- und Kohlekraftwerke zu ersetzen und durch Erneuerbare Energien zu substituieren. Gleichzeitig ist sie aber auch mit Beeinträchtigungen für Mensch, Natur und Umwelt verbunden. So werden Windenergieanlagen nicht nur als positiv und zukunftsweisend bewertet, sondern zuweilen vor Ort als technische Eingriffe in sensible Räume empfunden und können umstritten sein.

Die Unterzeichner dieser Erklärung setzen sich daher dafür ein, dass Anwohner- und Naturschutzbelange nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hier ist es im beidseitigen Interesse des Natur- und Klimaschutzes, die Anwohnerinnen und Anwohner mitzunehmen und Konflikte aufzulösen.

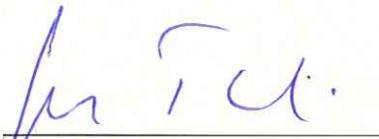
Daher ist es wichtig, akzeptierte Lösungen für den Bau von Windenergieanlagen und eine erfolgreiche Energiewende zu entwickeln und dabei alle Beteiligten (Investoren, Behörden, Naturschutzverbände und Anwohnerinnen und Anwohner) eng einzubinden. So können Konflikte im besten Fall vermieden, zumindest aber konstruktiv bearbeitet und entschieden werden.

Wir werben auf der Grundlage der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie auf Basis von unabhängigen Gutachten zusammen dafür, durch frühzeitigen, intensiven und ergebnisoffenen Austausch zwischen Naturschutzverbänden, Windenergieunternehmen, den Menschen vor Ort sowie den involvierten Behörden, Planungsprozesse transparent zu gestalten. Um die tatsächlichen Umweltwirkungen von Windenergieanlagen verlässlich und aktuell bewerten zu können, ist eine regelmäßige Überprüfung, zeitnahe Anpassung und weitere Ausarbeitung der Planungshilfen des Landes entsprechend der aktuellsten fachlichen Erkenntnisse notwendig. Die Unterzeichnenden stehen der Landesregierung hierbei weiterhin beratend und unterstützend zur Seite. Im Sinne der Konfliktprävention erwarten die Unterzeichnenden ihre gemeinsame Einbindung in die Er- und Überarbeitungsprozesse.

Durch die Begleitung von miteinander vereinbarten Forschungsprojekten, deren Ergebnisse sowohl von den Naturschutzverbänden, als auch von der Windenergie-Branche mitgetragen werden, setzen wir uns darüber hinaus für eine sachliche und zielorientierte Debatte ein. Dies beinhaltet auch, zeitnah einen besseren Zugriff auf Graustudien und Planungsbeiträge zu ermöglichen und Best-Practice-Beispiele für naturverträgliche Windenergieplanungen zusammenzutragen.

Die naturverträgliche Energiewende kann nur im Dialog gelingen, den wir gemeinsam vorantreiben wollen. Um Konflikten in den einzelnen Gemeinden frühzeitig zu begegnen, beziehungsweise diese durch vorbeugende Maßnahmen zu minimieren, bedarf es dringend eines Dialogforums, in dem gleichermaßen Vertreter der Umweltverbände wie aber auch von der Windenergiebranche vertreten sind. Die unterzeichnenden Verbände bitten die Landesregierung, eine solche Möglichkeit zeitnah einzurichten, um fachbezogen und vertrauensvoll Konflikte zu moderieren.

Durch die gemeinsame Verabschiedung dieses Papiers erklären sich die oben genannten Verbände dazu bereit, sich im Sinne der zuvor skizzierten Anforderungen für eine konsequente Energiewende aktiv einzusetzen.



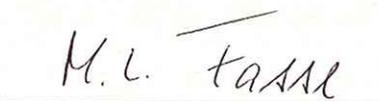
---

Josef Tumbrinck, Landesvorsitzender des NABU NRW



---

Holger Sticht, Landesvorsitzender des BUND NRW



---

Marie Luise Fasse, Landesvorsitzende der SDW NRW



---

Klaus Schulze Langenhorst, Landesvorsitzender des BWE NRW